

Protokoll über die Sitzung Nr. 5/2026 des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 18. Mai 2026, um 15:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block

Beigeordneter Volker Block

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Volt

Stellv. Ausschussmitglied Stefan Becker

Stellv. Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Fraktion FDP/FW

Grundmandat Thomas Lehmann

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Es fehlten entschuldigt

Beigeordneter Markus Bulla

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

beratendes Mitglied Michael von den Berg

Ausschussmitglied Helga Weinstock

von der Verwaltung

Jörg Engesser - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

als Gäste

Ratsmitglied Anja Mandt

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Norman Schaaf

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte (ab 16:05 Uhr)

Protokollführerin

Fachbereich Finanzen Jessica Zahn

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 20.04.2026 | |
| 4 | Freigabe gesperrter Mittel | 167/2026 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 5.1 | Pakt für Kommunalinvestitionen - Mittelverwendung | 154/2026 |
| 5.2 | Entsendung eines Vertreters in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG | 158/2026 |
| 5.3 | Bereitstellung Planungskosten für die Erstellung eines Betriebsorganisationskonzeptes und eines Raum- und Funktionsprogrammes für das Zentralklinikum | 166/2026 |
| 5.4 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS | 95/2026 |
| 5.5 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW | 129/2026 |
| 5.6 | Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien | 106/2026 |
| 5.7 | 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven | 125/2026 |
| 6 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| | -Keine- | |
| 7 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 7.1 | Angelegenheiten des FB Finanzen | |
| 7.2 | Sachstand Klinikfusion | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Becker gab bekannt, dass er als Vertreter für Herrn Bulla anwesend sei.

Herr Fischer erklärte, dass er Herrn Dr. Schulte vertreten wird.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit 12 Ja-Stimmen einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 20.04.2026

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 20.04.2026 wurde mit 12 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

4 Freigabe gesperrter Mittel

167/2026

Herr Bruns führte in die Beschlussvorlage ein und erklärte, dass die Mittel für einen Planungskostenzuschuss für die Ausschreibung der Leistungsphase 0 der Planung des Neubaus des Zentralklinikums verwendet werden sollen.

Herr Fischer befürwortete die Beschlussvorlage.

Herr Stoffers fragte, ob eine Ausschreibung der Planungsphase 0 ohne Standortentscheidung möglich sei.

Herr Schaaf antwortete, dass das Konzept z.B. festlege welche Räumlichkeiten in dem Neubau vorhanden sein müssen. Dies sei unabhängig vom Standort.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** teilte **Herr Schaaf** mit, dass das Konzept laufend angepasst werde und damit auch Änderungen der Leistungsgruppen noch berücksichtigt werden können.

Herr Brandt erkundigte sich, warum die Ausschreibung nun erfolgen müsse.

Herr Schaaf erläuterte, dass für den Antrag auf Fördermittel die Planungsphase 3 benötigt werde. Es sei wichtig alles rechtzeitig für den angedachten Planungsausschuss des Landes fertigzustellen. Die Planungsphase 0 ist notwendige Vorbereitung für die folgenden Phasen. Bei Verzögerungen würde sich das ganze Projekt deutlich verschieben, wodurch länger Zuschusszahlungen an die KW gGmbH notwendig werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt beschließt die im 1. und 2. Nachtragshaushalt 2025/2026 vorgenommene Sperre auf dem Produktsachkonto 411001.443101 um 375.000 € zu reduzieren. Damit kann die Ermächtigung in entsprechender Höhe in Anspruch genommen werden. Die Freigabe erfolgt vorbehaltlich des Ratsbeschlusses zur Beschlussvorlage 166/2026.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Pakt für Kommunalinvestitionen - Mittelverwendung

154/2026

Herr Heinemann kritisierte, dass die Fachausschüsse nicht eingebunden worden seien.

Herr Müller erläuterte die Beschlussvorlage. Die Stadt Wilhelmshaven erhalte 5,7 Mio. € Förderung für Investitionen. Bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses habe er die geplanten Maßnahmenswerpunkte vorgestellt. Über 1,6 Mio. € der Mittel seien noch nicht verplant und dienen unter anderem als Puffer für eventuelle Preisschwankungen. Wie bereits angekündigt, könnte es jedoch sein, dass ca. eine Mio. für den Eigenanteil an der Planungsphase 1 bis 3 für den Klinikneubau verwendet werden sollen.

Grundsätzlichen seien die vorgeschlagenen Maßnahmen bereits fast alle beschlossen worden, daher habe man auf eine erneute Beteiligung der Fachausschüsse verzichtet. In der letzten Sitzung sei angefragt worden, ob die Mittel für Straßensanierungen verwendet werden könnten. Es sei von der Verwaltung zugesagt worden, dass bei dem Sondervermögen des Bundes diese Möglichkeit geprüft werde.

Herr Schön und **Herr Block** hinterfragten kritisch, wer die genannten Maßnahmen festgelegt habe und forderten eine ausführlichere Beteiligung der Politik. Sie warfen der Verwaltung vor, die Politik unter Druck zu setzen und die Demokratie umgehen zu wollen. Sie stellten einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an die Fachausschüsse.

Herr Bruns betonte, dass die Politik im letzten Monat deutlich informiert worden sei. Außerdem wies er darauf hin, dass die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe bereits die Umsetzungskapazitäten voll ausschöpfen. Eine Ausweitung mit zusätzlichen Maßnahmen sei nicht sinnvoll. **Herr Bruns** erklärte, dass die Maßnahmen voraussichtlich bis zum 30.06.2026 an den Fördermittelgeber gemeldet werden müssen.

Auch **Herr Müller** machte deutlich, dass der Pakt zur finanziellen Entlastung der Kommunen führen soll. Durch die Verwendung der Förderung für bereits vorgesehene Maßnahmen könne die Neuverschuldung deutlich reduziert werden. Dies führe zu erheblichen Zinseinsparungen, welche den städtischen Haushalt entlasten würden.

Herr Burkhart bestätigte, dass z.B. die Maßnahmen im Bereich der Feuerwehr im Rahmen des Fahrzeugkonzeptes im Fachausschuss besprochen und beschlossen wurden.

Herr Becker zeigte Verständnis für die Kritik, aber bat darum die Beschlussvorlage nicht zu verschieben.

Herr Stoffers vertrat die Meinung, dass der Verwaltungsvorschlag plausibel sei und bestätigte, dass in der letzten Ausschusssitzung das Thema besprochen worden sei. Er hielt eine Beteiligung der Fachausschüsse für nicht notwendig und sprach sich daher gegen die Verweisung aus.

Die **Herren Tönjes, Lehmann und Walpurgis** sprachen sich ebenfalls gegen eine Verweisung aus. Sie hielten die Beschlussvorlage für gut, lobten die Arbeit der Verwaltung und zeigten Unverständnis für die harsche Kritik.

Herr Heinemann schlug der SPD-Fraktion vor, bei Änderungswünschen einen Änderungsantrag in der Ratssitzung zu stellen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an die Fachausschüsse wurde mit 4 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Brandt teilte mit, dass die SPD-Fraktion sich nach der letzten Ausschusssitzung auf das Thema vorbereitet, jedoch auf die Beratung in den Fachausschüssen gewartet habe. Der Verwaltungsvorschlag sei nicht überzeugend. Er fragte, ob der Haushalt dann durch die Zinseinsparungen saniert sei.

Herr Bruns erklärte die aktuelle finanzielle Lage der Stadt Wilhelmshaven. Aufgrund derer sei jede Entlastung des Haushaltes wichtig, natürlich reiche die genannte Zinseinsparung nicht aus um die aktuellen Defizite auszugleichen.

Herr Oberbürgermeister Feist zitierte aus dem Protokoll über die letzte Ausschusssitzung, aus dem deutlich die erfolgte Information hervorgeht. Er bat daher darum von den teilweise erfolgten Unterstellungen Abstand zu nehmen.

Herr Block kündigte für den Rat einen Änderungsantrag an.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der beschließt die Verwendung der Mittel aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen zur Finanzierung bzw. zur Teilfinanzierung des anliegenden Maßnahmenpakets.

5.2 Entsendung eines Vertreters in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG **158/2026**

Herr Müller erklärte, dass die Stadt Wilhelmshaven nur einen Vertreter entsenden dürfe. Es sei übliche Praxis, dass dann eine Fachperson aus der Verwaltung ausgewählt wird. Dies sei auch hier erfolgt.

Herr Fischer befürwortete die Beschlussvorlage.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

In die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG wird Herr Tino Hoffmann als stimmberechtigter Vertreter der Stadt Wilhelmshaven entsandt, als sein Vertreter wird Herr Steffen Wedemeyer benannt.

5.3 Bereitstellung Planungskosten für die Erstellung eines Betriebsorganisationskonzeptes und eines Raum- und Funktionsprogrammes für das Zentralklinikum **166/2026**

Herr Block hielt es für sinnvoller, wenn zunächst der Standort festgelegt werde. Er fragte nach einer Möglichkeit festzuhalten, dass finanzielle Verpflichtungen erst nach der Standortentscheidung entstehen.

Herr Bruns und **Herr Schaaf** erklärten, dass die Ausschreibung jetzt erfolgen müsse, um nächstes Jahr den Planungsausschuss des Landes erreichen zu können. Die Planungsphase 0 werde für die folgenden Phasen 1-3 benötigt und sei unabhängig vom Standort. Für einen solchen Vorbehalt müsste die Stadt das Thema an sich ziehen, aktuell sei vorgesehen, dass die Klinikgesellschaften Auftraggeber sind.

Herr Müller ergänzte, dass der Aufsichtsrat des Klinikums der Vergabe im Oktober zustimmen müsse und dort Eingriffsmöglichkeiten habe. Darüber hinaus könne der Rat die Entscheidung im Zweifelsfall auch an sich ziehen und eine Weisung an die Gesellschafterversammlung und den Geschäftsführer beschließen.

Herr Fischer hielt einen Vorbehalt für nicht notwendig. Die Grundsatzentscheidung für ein gemeinsames Krankenhaus sei getroffen worden und damit werde die Phase 0 auf jeden Fall benötigt.

Auf Nachfrage von **Frau Mandt** erklärte **Herr Müller**, dass es sich um eine europaweite Ausschreibung handelt und die Vergabe für Oktober vorgesehen sei. Da die Standortentscheidung im August angedacht ist, sei bei Vergabe der Standort entschieden. Für eine Ausschreibung muss das Klinikum eine gesicherte Finanzierung haben, er bat daher darum keinen Vorbehalt aufzunehmen.

Herr Schön, **Herr Block** und **Frau Bakir-Block** gaben bekannt, dass sie der Beschlussvorlage nicht zustimmen können und sich daher enthalten werden.

Herr Brandt teilte mit, dass er die Vorlage ablehnen werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH wird ein Planungskostenzuschuss in Höhe von 375.000 € gewährt. Die Verwaltung wird ermächtigt, diesen entsprechend zu leisten.

5.4 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS

95/2026

Herr Müller erläuterte die Beschlussvorlage.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderungssatzung zu der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ gemäß Anlage.

5.5 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW

129/2026

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderungssatzung zu der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ gemäß Anlage.

5.6 Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien

106/2026

Herr Marušić führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Auf Nachfrage von **Herrn Heinemann** bestätigte **Herr Marušić**, dass es einen neutralen Ratschlag gab und dieser als nichtöffentliche Anlage beigelegt sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung der Gebäude- und Inventarversicherung sowie der Elektronikversicherung den aktuell bestehenden Versicherungsumfang um das Risiko Leitungswasser für alle Objekte zu erweitern.

Ziel ist die Neuvergabe zum 01.01.2027 mit einer Laufzeit von drei Jahren sowie anschließender einjähriger Verlängerung.

5.7 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven

125/2026

Herr Schön wies darauf hin, dass laut Zeitung das Jugendamt erklärt habe, dass mehr Kita-Plätze vergeben werden könnten, wenn die Wegstrecken kürzer wären. Dies unterstütze die Meinung der SPD-Fraktion, dass wohnortnahe Kitas notwendig seien.

Herr Fischer berichtete aus der Diskussion im Jugendhilfeausschuss. Da bereits zusätzliche Plätze geschaffen wurden, sei es aktuell wichtiger sich mit der Qualität der Plätze zu beschäftigen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird in anliegender Fassung beschlossen.

6 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-Keine-

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Angelegenheiten des FB Finanzen

Herr Müller stellte in einem Vortrag den Veranlagungsstand der kommunalen Steuern, den Stand der Liquiditätskredite und die Kosten für Gutachten im letzten und aktuellem Jahr vor. Außerdem gab er einen Ausblick auf die Themen der nächsten Sitzungen.

Herr Heinemann merkte an, dass die Ansätze für Gutachten deutlich höher seien als die tatsächlichen Buchungen. Er fragte, ob die noch verfügbaren Mittel automatisch ins nächste Jahr übertragen werden.

Herr Müller antwortete, dass Mittel nur übertragbar seien, wenn sie für ihren Zweck weiterhin notwendig sind. Diese Notwendigkeit werde immer geprüft. Außerdem können konsumtive Mittel lediglich einmal übertragen werden.

7.2 Sachstand Klinikfusion

-Keine Wortmeldungen-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:32 Uhr

Marušić
Stadtbourat

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin